Begehrter Sessel

Die SPD will, wenn Bundesbankpräsident Klasen in Pension geht, wieder einen Genossen auf den einflußreichen Posten setzen. Die FDP hält dagegen.

Der Posten verspricht hohes Prestige, ist bestens dotiert und für mindestens acht Jahre unkündbar. Frei wird die Stelle zum 1. Januar 1978, und schon jetzt wird in Bonn um die Besetzung gebalgt. Denn wer den Job bekommt, hat damit ein ordentliches Stück Macht in der Republik — als Präsident der Deutschen Bundesbank.

Wenn Amtsinhaber Karl Klasen, ehemals Chef der Deutschen Bank und langjähriger Sozialdemokrat, Ende dieses Jahres, 68jährig und kränkelnd, in die wohlverdiente Pension geht, räumt er einen Sessel, der begehrter ist als die meisten Bonner Sitzgelegenheiten der Luxusklasse.

Mit über 300 000 Mark Jahresgehalt, die auch im Ruhestand zu zahlen sind, liegen die Bruttobezüge des Notenbank-Vorstehers beträchtlich über denen des Bundeskanzlers. Das Wort des obersten Staatsbankiers wird in Fragen der Ökonomie geschätzt wie das kaum eines anderen Offiziellen. Und der Bundesbankpräsident kann, dank der gesetzlich garantierten Unabhängigkeit seines Instituts, munter Politik machen, ohne Rücksicht auf Wahl- und Parteivolk.

In der Wirtschaftspolitik mischt die Frankfurter Staatsbank heute mehr denn je mit. Denn unter den Ökonomen hat sich zusehends herumgesprochen, daß mit den öffentlichen Haushalten die Konjunkturen kaum mehr zu lenken sind: Die Ausgabenblöcke in den Budgets sind festgeschrieben, die Regierungen scheuen sich allenthalben, zur Dämpfung einer Hochkonjunktur die Staatsausgaben auch einmal zu kappen; bei anhaltender Rezession läßt sich, wegen knapper Staatskasse, die Konjunktur kaum durch öffentliche Aufträge ankurbeln.

Staatssekretär Pöhl
Des Kanzlers Favorit

Wirtschaftswissenschaftler wie Politiker vertreten mittlerweile die Ansicht des US-Ökonomen und Nobelpreisträgers Milton Friedman, daß sich die Konjunktur am besten über die Versorgung der Wirtschaft mit Geld steuern läßt — und dies ist allein Aufgabe der Bundesbank. Der Bonner Wirtschafts-Staatssekretär Otto Schlecht erläutert: „Das wichtigste an der Konjunkturpolitik ist, ob der monetäre Mantel zu groß, zu klein oder gerade richtig ist."

Verknappt beispielsweise die Bundesbank das Geld, dann steigen zumeist die Zinsen, die Unternehmen und Privatleute kaufen weniger auf Kredit, und die Konjunktur beginnt zu lahmen. So sorgten die Notenbankiers 1973 und 1974 an vorderster Front dafür, daß durch knappes Geld die Inflation gebremst wurde, daß gleichzeitig aber auch die Republik in ihre tiefste Nachkriegsrezession rutschte. Erst als die Bundesbank 1975 mehr Geld spendierte und die Zinsen sanken, konnte der langsame Aufschwung des Jahres 1976 eingeleitet werden.

Von den Staatsbankiers hängt es daher wesentlich ab, ob die Unternehmen florieren oder ob viele pleite gehen, ob Arbeitslosigkeit oder Vollbeschäftigung herrschen. Kurt Richebächer, Generalbevollmächtigter der Dresdner Bank, befindet lapidar: „Die Notenbank macht die Konjunktur."

Wenn es um so viel Macht über die Wirtschaft geht, sind selbstredend die Freidemokraten die ersten, die bei einer Vakanz ihre Ansprüche anmelden. Schon vor Wochen lancierten sie unbekümmert, der beste Mann fürs Frankfurter Präsidentenamt sei ein Liberaler: ihr Wirtschaftsexperte Otto Graf Lambsdorff.

Vor allem dem FDP-Wirtschaftsminister Hans Friderichs ist an einer Lambsdorff-Kandidatur sehr gelegen: Zum einen hätte sein Ressort, das 1972 die Zuständigkeit für das Geld- und Kreditwesen ans Finanzministerium abtreten mußte, dann einen direkten Draht zur Spitze der bundesdeutschen Geldzentrale; zum anderen brauchte er dann den zungenfertigen und schnelldenkenden Lambsdorff, der ihm auf der Bonner Bühne zusehends Konkurrenz macht, nicht mehr als Rivalen zu fürchten.

Doch Lambsdorffs Chancen sind dürftig: Dem Kanzler Helmut Schmidt wie auch seinem Finanzminister Hans

Bundesbanker Klasen (vorn), Emminger
Mehr Macht als Minister

Apel ist der Graf zu vorlaut und zu selbstbewußt. Ein Kanzler-Berater: „Das mit Lambsdorff ist doch alles Schnickschnack. Den können wir vergessen."

Die beiden Hanseaten wollen zudem auf jeden Fall verhindern, daß überhaupt ein Liberaler den Posten bekommt. Es sei undenkbar, daß die Freidemokraten neben dem Wirtschaftsressort in Bonn auch noch die Bundesbank in Frankfurt beherrschten. Ein Kanzler-Intimus: „Dann könnten wir ja gleich einpacken." Gar nicht ernsthaft ins Rennen kam daher auch der Wirtschafts-Staatssekretär Otto Schlecht, der zwar parteilos ist, aber als Gefolgsmann von Friderichs gilt.

Abgerückt ist Kanzler Schmidt inzwischen wieder von seiner ursprünglichen Absicht, dem Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Wilfried Guth, das hohe Amt anzutragen. Der Regierungschef steht bei seiner Parteibasis ohnehin nach wie vor im Verdacht, allzuviel Verständnis für Hochfinanz und Industrie zu haben. Überdies ist Deutschbankier Guth eher der Christenunion verbunden.

Der einzige Bankier mit der richtigen Couleur ist unabkömmlich: Sozialdemokrat Walter Hesselbach, Vorstandsvorsitzender der Bank für Gemeinwirtschaft, wird dringend beim Aufrichten der angeschlagenen gewerkschaftsnahen Handelsgruppe co op und bei der Sanierung der wahlgeschädigten SPD-Kasse benötigt.

So verfielen Schmidt und Apel auf einen Mann aus ihrem Apparat: Karl Otto Pöhl, Staatssekretär im Finanzministerium. Pöhl, den Schmidt vor vier Jahren als Geld- und Währungsexperten ins Finanzministerium holte, wird von den beiden Hanseaten gleichermaßen als exzellenter Währungsfachmann geschätzt. Zudem hat er einen weiteren Vorteil: Er besitzt ein SPD-Parteibuch.

Ein Genosse nämlich sollte es auf jeden Fall sein. Denn wenn Karl Klasen aufs Altenteil geht, findet sich unter den Herren der Bundesbank-Spitze kein Sozialdemokrat mehr.

Sperrt sich die FDP gegen den Schmidt-Favoriten Pöhl als Klasen-Nachfolger, dann halten die Sozialdemokraten eine Patentlösung bereit: Zum Bundesbankpräsidenten soll der jetzt 65 Jahre alte gegenwärtige Klasen-Vize Otmar Emminger avancieren, Pöhl den Posten des Stellvertreters erhalten. Schmidt und Apel hätten so immerhin einen Vertrauensmann in Frankfurt.

Zwei Jahre später, 1979, wenn auch Emminger endgültig in Pension gehen soll, wollen die Herren weitersuchen. Vielleicht finden sie dann, daß wiederum der Vize Chef werden könnte.

KANZLERAMT

Mädchen für alles

Eine Fülle von Aufgaben erwartet Kanzler Schmidts neuen Staatsminister Wischnewski — nicht zuletzt die Koordinierung der Deutschland- und Berlin-Politik.

Kaum hatte der Kaiserslauterer SPD-Bundestagsabgeordnete Adolf Müller-Emmert am Morgen vor der Kanzlerwahl angekündigt, er werde Helmut Schmidt seine Stimme verweigern, saß schon ein korpulenter Mittfünfziger an seiner Seite, ganz hinten an der Heizung des SPD-Fraktionssaales im Bonner Bundeshaus: Hans-Jürgen Wischnewski, damals noch Staatsminister im Auswärtigen Amt. Nachdem Wischnewski eine Zeitlang auf ihn eingeredet hatte, zog der renitente Pfälzer, dem auch noch Parteichef Willy Brandt und der Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner ins Gewissen redeten, sein Veto zurück.

Der Einstand des ausgefuchsten Troubleshooters in seinem neuen Job als Staatsminister im Bundeskanzleramt hätte kaum besser ausfallen können. Denn Helmut Schmidt hat Wischnewski nicht zuletzt deshalb zu sich geholt, damit er ihm in schwieriger gewordenen Zeiten mit knapper Koalitionsmehrheit und einer seit dem versuchten Rentenbetrug selbstbewußteren SPD-Bundestagsfraktion Ärger vom Leib hält.

Entlastung hatte auch Kanzleramtschef Manfred Schüler im Sinn, als er nach der Sommerpause seinem Dienstherrn erstmals die Berufung Wischnewskis als Nachfolger von Marie Schlei vorschlug. Ein eigens dazu bestellter beamteter Staatssekretär oder ein Parlamentarier von der Statur Wischnewskis sollte sich ausschließlich um die in die Zuständigkeit des Kanzleramts fallende Deutschlandpolitik kümmern und darüber hinaus auch ein Gegengewicht schaffen zu den ostpolitischen Extra-Touren des freidemokratischen Außenministers Hans-Dietrich Genscher.

In den Koalitionsverhandlungen setzte sich dann freilich doch der AA-Chef durch, der einen Eingriff in seine außenpolitischen Kompetenzen fürchtete — Kanzler Schmidt mußte seine Lieblingsidee fallenlassen. Dafür soll sich nun Staatsminister Wischnewski neben vielem anderen auch um die Deutschland- und Berlin-Thematik kümmern dürfen.

Und um der Sache doch noch das richtige Gewicht zu geben, denken die Kanzleramts-Planer daran, die Deutschland- und Berlin-Politik aus der Abteilung für Außen- und Sicherheitspolitik herauszunehmen und — erstmals in der Geschichte der Bonner Regierungszentrale — in einer eigenen Abteilung zusammenzufassen. Sie soll dem derzeitigen deutschlandpolitischen Berater der SPD-Bundestagsfraktion, Eugen Selbmann, unterstehen.

Schmidt-Helfer Wischnewski: Bunte Karriere

Von der Berufung des Wehner-Vertrauten Selbmann versprechen sich die Schmidt-Berater überdies günstige Auswirkungen auf die künftige Zusammenarbeit zwischen Wischnewski und dem schwierigen SPD-Fraktionschef. Denn anders als seine Vorgängerin Marie Schlei, die gute zwischenmenschliche Kontakte zu „Onkel Herbert" pflegte, hat Wischnewski das Handikap, ein Intimus des von Wehner verachteten SPD-Chefs Willy Brandt zu sein.

Eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Regierung und Fraktion aber erscheint allen Führungsgenossen, zumal nach der Rentenpleite, dringend geboten. Den Parlamentarischen Staatssekretären, als deren Koordinator Wischnewski kraft Amtes fungiert, will es der Staatsminister entsprechend den Forderungen Wehners deshalb zur Pflicht machen, künftig an allen Beratungen der Arbeitskreise und Obleute der Fraktion teilzunehmen.

Damit nicht genug für den neuen Supermann im Kanzleramt: Schmidt-Berater erhoffen sich von Wischnewski auch noch, daß er intensiver als seine Vorgängerin Marie Schlei die Kontakte zu den großen Verbänden pflegt. Das gilt — nach DGB-Chef Heinz Oskar Vetters scharfer Kritik am Regierungsprogramm und an der ohne Absprache durchgepaukten Berufung des SPD-Wirtschaftsexperten Herbert Ehrenberg zum Arbeitsminister (SPIEGEL 53/1976) — vor allem für die Gewerkschaften.

Ob der trinkfeste Ostpreuße mit Berliner Zungenschlag für all das Zeit findet, ist fraglich. Die Kompetenz indes mag ihm niemand abstreiten, denn kaum einer in Bonn kann auf eine so bunte Polit-Karriere zurückblicken. Wischnewski begann 1952 als IG-Metall-Sekretär und hat seither den Draht zu den Gewerkschaften nie abreißen lassen. Seit 1957 Bundestagsabgeordneter, diente er knapp zwei Jahre als Entwicklungshilfeminister und dann, von 1968 bis 1972 als Bundesgeschäftsführer.

Und ständig war Wischnewski in aller Welt unterwegs. Dank seiner guten Beziehungen zu den Arabern, die ihm in Bonn den Spitznamen „Ben Wisch" eintrugen, konnte er während der Ölkrise erfolgreich zwischen den Erzeugerländern und den westlichen Industriestaaten vermitteln.

Solch diplomatische Gewandtheit lernte auch AA-Chef Genscher schätzen, der seinen ursprünglich als SPD-Aufpasser im Außenamt plazierten Staatsminister nur ungern an das Kanzleramt abgab: gute Voraussetzungen für Wischnewskis neuen Job als Mädchen für alles. ◆